



auffordernd, konstruktiv, in redlicher Absicht und mit beständigem politischen Willen auf die Durchführung des Libyschen politischen Abkommens zu wirken,

unter Begrüßung der jüngsten Anstrengungen zur Stärkung eines alle Seiten einschließenden politischen Dialogs aller Libyer im Rahmen des in Resolution 2259 (2015) gebilligten Libyschen politischen Abkommens, einschließlich der wichtigen Anstrengungen der Nachbarn Libyens, der internationalen Partner und von Regionalorganisationen und des am 25. Juli 2017 in Paris abgehaltenen Treffens und der im Anschluss an das Treffen abgegebenen Gemeinsamen Erklärung, wie in einer Presseerklärung des Sicherheitsrats vom 27. Juli 2017 dargelegt, und in Unterstützung des Aufrufs des Generalsekretärs, die verschiedenen Initiativen unter der Führung der Vereinten Nationen zu fördern und zu unterstützen.

Bewältigung der politischen, sicherheitsbezogenen, humanitären, wirtschaftlichen und institutionellen Herausforderungen Libyens darstellt, in der Erkenntnis, dass die Regierung der nationalen Eintracht in dieser Hinsicht die Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung bewaffneter Gruppen planen muss, und die Regierung der nationalen Eintracht ermutigend, die Stabilisierungsmaßnahmen in den betroffenen Städten, darunter Surt und Bengasi, fortzuführen, um die bei der Bekämpfung des Terrorismus errungenen Fortschritte zu konsolidieren,

mit dem Ausdruck großer Besorgnis über die sich verschlechternde humanitäre Lage in Libyen, insbesondere in Bezug auf den Lebensstandard und die Bereitstellung grundlegender Dienste,

Kennnis nehmend von dem in Libyen und in der Region stattfindenden Dialog über die Wirtschaft und unter Begrüßung der Zusage der Vertreter des Präsidentschaftsrats, der Regierung der nationalen Eintracht, der Zentralbank Libyens, des Büros für Rechnungprüfung und der nationalen Erdölgesellschaft, zur dringenden Linderung des Leids der libyschen Bevölkerung die Erbringung öffentlicher Dienste zu beschleunigen, die Erdölförderung zu steigern und die Liquiditätsslage zu verbessern,

alle Mitgliedstaaten erneut ersuchend, die Bemühungen des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs voll zu unterstützen und in Zusammenarbeit mit den libyschen Behörden und der UNSMIL ein koordiniertes Unterstützungspaket zum Aufbau der Kapazitäten der Regierung der nationalen Eintracht aufzustellen, das den Prioritäten und Hilfsersuchen Libyens entspricht, und ferner mit der erneuten Aufforderung alle Parteien, bei den Tätigkeiten der UNSMIL uneingeschränkt zu kooperieren, unter anderem indem sie die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die Sicherheit und die Bewegungsfreiheit des Personals der Vereinten Nationen und des beigeordneten Personals zu gewährleisten,

unter Begrüßung der aus der Strategischen Bewertung hervorgegangenen Empfehlungen zur Verbesserung der Fähigkeit der UNSMIL den politischen Prozess zu unterstützen und die Koordinierung über die gesamte Mission und das Landesteam der Vereinten Nationen hinweg zu stärken,

mit dem erneuten Ausdruck seiner Besorgnis über die Schleusung von Migranten und den Menschenhandel durch Libyen und unter Begrüßung der Arbeit der UNSMIL zur Koordinierung und Unterstützung der Bereitstellung humanitärer Hilfe für Flüchtlinge und Migranten über das Landesteam der Vereinten Nationen, insbesondere den Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen und die Internationale Organisation für Migration,

die UNSMIL ermutigend, ihre Aufgaben und Vermittlungsbemühungen auch künftig nach den in enger Abstimmung mit dem Präsidentschaftsrat und den anderen libyschen Institutionen und entsprechend den Bedürfnissen der Mission und der Entwicklung der Situation in dem Land festgelegten Prioritäten wahrzunehmen,

unterstreichend, wie wichtig es ist, dafür zu sorgen, dass die bestehenden Sank-

